

# Nicht schweigen

**ALLIANZ** Teilnehmer der Jahreskonferenz entsetzt über die Vertreibung irakischer Christen

BAD BLANKENBURG – Die Deutsche Evangelische Allianz hat mit Entsetzen auf die Vertreibung der Christen aus Mossul reagiert. Die „systematische Säuberung“ der irakischen Stadt durch radikale Islamisten sei erst der Anfang von schlimmen Exzessen, sagte der Beauftragte der Allianz bei Bundestag und Bundesregierung, Wolfgang Baake, im thüringischen Bad Blankenburg. In dem Kurort fand unter dem Motto „Alles wird gut. Josef“ die 119. Jahreskonferenz der evangelikalischen Glaubensbewegung statt.

Die in Mossul verbliebenen Christen waren aufgefordert worden, sich zum Islam zu bekennen oder eine Sondersteuer zu entrichten. Andernfalls drohe ihnen die Hinrichtung (*UK berichtete*).

Der Beauftragte der Allianz warnte zugleich davor, „alle Muslime aus dem Blickwinkel radikaler Gottesstaatskämpfer zu betrachten“. Viele Muslime in Deutschland fühlten sich der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verpflichtet. Deshalb sollten sie zu den Vorgängen im Irak nicht schweigen.

Zum Auftakt der 119. Jahreskonferenz in der historischen Konferenzhalle von Bad Blankenburg feierten rund 1300 Gläubige einen gemeinsamen Gottesdienst, an dem auch Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) teilnahm.

Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU) erneuerte in Bad Blankenburg die Forderung nach einem Verbot der organisierten Sterbehilfe und kritisierte zugleich Äußerungen des Ratsvor-

sitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Nikolaus Schneider. „Wir wollen das organisierte Helfen zum Sterben verbieten“, sagte Kauder zum Abschluss der Jahreskonferenz. Und weiter: „Wir müssen klar und deutlich machen – und davon kann es keine Ausnahme geben –, dass das Leben von Gott geschenkt ist.“

Eine „Diktatur des gelingenden Lebens“ beklagte der Theologe und Religionspädagoge Siegfried Zimmer (Stuttgart) bei der Allianz-Jahreskonferenz. Für viele Christen sei Erfolg wichtig und ein Beweis für den rechten Glauben: „Wenn du scheiterst, bist du ein Versager und selber schuld.“ In den USA gebe es sogar Gruppen, die regelmäßig beteten: „Lieber Gott, mach mich reich!“ Aber Gott sei kein Karriere-Gott. Scheitern sei nicht immer das Gegenteil von Segen, erklärte Zimmer in einer Bibelarbeit. Jesus sei dafür das beste Beispiel. Von einem gelingenden Leben könne man nicht sprechen, wenn jemand in jungen Jahren einen gewaltsamen Verbrechertod sterbe.

Die Evangelische Allianz ist ein Netzwerk evangelikaler Christen in Deutschland. An ihren Aktivitäten beteiligen sich nach eigenen Angaben bundesweit rund 1,3 Millionen Christen. Arbeitsfelder der Allianz sind diakonische, pädagogische, publizistische und missionarische Tätigkeiten in mehr als 230 Einrichtungen. Der Zusammenschluss umfasst Christen mit pietistisch, freikirchlich oder charismatisch geprägtem und eher konservativem Glaubensverständnis. *epd/idea*



Gedenken in Gunsbach mit dem deutschen evangelischen Militärbischof Sigurd Rink (links) und dem französischen Militärseelsorger Paul Muller. FOTO: EPD

## Versagen und Schuld

**GEDENKGOTTESDIENST** Europäische Kirchen erinnerten im Elsass an den Kriegsbeginn 1914

GUNSBACH – Mit einem zentralen Gedenkgottesdienst haben die evangelischen Kirchen in Europa am vergangenen Sonntag im elsässischen Gunsbach an den Beginn des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren erinnert.

Der frühere Braunschweiger Landesbischof Friedrich Weber sagte, damals habe auch die evangelische Kirche den Kriegseintritt als gerecht legitimiert. „Dieses Versagen und diese Schuld erfüllen uns heute noch mit Scham“, betonte Weber, der Präsident der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) ist. Zugleich verwies er auf die 90 evangelischen Theologen, die sich am 1. August 1914 in Konstanz (*siehe Seite 5*) trafen und versprachen, Wege des Friedens zu suchen. Ihr Beispiel und die europäische Geschichte lehrten, dass Versöhnung zu einer Ordnung des Friedens

führen könne. Die Synodenpräsidentin der Evangelischen Kirche in Deutschland, Irmgard Schwaetzer, sagte: „Möge die Erinnerung an die Katastrophen Europas im letzten Jahrhundert uns ermutigen, den Weg zu gerechtem Frieden zu finden und zu gehen. Dazu helfe uns Gott.“

Auch der Friedensbeauftragte des Rates der EKD, Renke Brahms, rief dazu auf, aus den Schrecknissen des Ersten Weltkriegs zu lernen. Es sei eine bleibende Aufgabe der Kirchen, die Ursachen von Konflikten zu bekämpfen.

Die Liturgie des Gedenkgottesdienstes wurde auf Französisch, Englisch und Deutsch gestaltet. Gunsbach liegt in der Nähe vom Hartmannsweilerkopf, wo Bundespräsident Joachim Gauck und der französische Präsident François Hollande zu einer Gedenkfeier zusammentrafen. *epd*

## KURZ NOTIERT

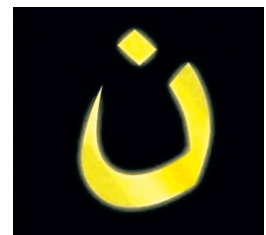
### Islamverband: Vertreibung irakischer Christen ist Unrecht

KÖLN – Der Zentralrat der Muslime in Deutschland hat die Vertreibung der Christen aus der nordirakischen Millionenstadt Mossul als Akt des Unrechts verurteilt. Die Vertreibung der Christen durch die sunnitische Miliz „Islamischer Staat“ verstöße gegen internationales Recht und gegen die Menschlichkeit, erklärte der Zentralrats-Vorsitzende Aiman Mazyek in Köln. Es müsse alles getan werden, damit „unseren christlichen Brüdern und Schwestern“ ihr Recht zurückgegeben werde. *epd*

### Zeichen der Solidarität

Ein Buchstabe wird weltweit zum Zeichen der Solidarität. Das arabische „N“, mit dem Islamisten im Irak die Häuser der Christen kennzeichnen, verbreitet sich im Internet rasant als Symbol der Anteilnahme. Immer mehr Christinnen und Christen auf der ganzen Welt ersetzen oder ergänzen ihre Profilfotos in sozialen Netzwerken wie Facebook oder Twitter durch die Abbildung des Buchstabens. Das berichtet die Internetausgabe der Zeitung „Die Welt“.

Das „N“ steht für „Nazarener“. Damit bezeichnet man im arabischen Raum die Christen. Erst kürzlich hatten Islamisten in der Stadt Mossul die Häuser christlicher Familien mit diesem Buchstaben gekennzeichnet und sie damit zur Verfolgung und Auslöschung freigegeben. Die Christen verließen die Stadt; Mossul ist erstmals in seiner 1800-jährigen Geschichte ohne Christen (*UK berichtete*).



Arabisches N als Zeichen der Solidarität mit verfolgten Christen. FOTO: FACEBOOK

Weltweit greifen nun Christen das arabische „N“ auf, um ihre Solidarität zu zeigen, nach dem Motto: Auch ich bin einer von denen, die mit Jesus Christus unterwegs sind. *UK*

## Ein evangelischer Erzbischof?

**INTERVIEW** Die evangelische Kirche braucht eine „klare Nummer eins“. Und zwar in Berlin. Das meint Henning von Vieregge und empfiehlt, das Amt des Ratsvorsitzenden hauptamtlich zu besetzen

Der Unternehmensberater Henning von Vieregge (Foto) rät der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zu einem



hauptamtlichen Ratsvorsitzenden. Im Gespräch mit Bernd Buchner sagte Vieregge, dadurch wäre es der leitenden Persönlichkeit medial und persönlich in vollem Umfang möglich, „an gesellschaftlichen Diskursen teilzunehmen“. Außerdem plädiert der ehemalige Hauptgeschäftsführer des Gesamtverbandes Kommunikationsagenturen für eine Verlegung des EKD-Kirchenamts nach Berlin.

■ Herr von Vieregge, was würde sich durch einen hauptamtlichen EKD-Ratsvorsitzenden verbessern?

Klarer als bisher wäre dann nach innen und außen: Das ist unser „primus inter pares“ (deutsch: Erster unter Gleichen“), Spitzenmann oder Spitzenfrau. Der Vorschlag, den Ratsvorsitzenden zu einem Erzbischof zu machen, wäre nur

konsequent und würde die Bereitschaft der Entscheider unterstreichen, Raum zu geben. Um an gesellschaftlichen Diskursen medial und persönlich in vollem Umfang teilzunehmen, braucht es eine nicht in allen Fragen ausrechenbare Persönlichkeit mit Zeit und Tiefgang.

Für Diskurse ist Berlin mittlerweile in Deutschland konkurrenzlos. Der vormalige EKD-Ratsvorsitzende und Berliner Bischof Wolfgang Huber war in seiner Doppelfunktion eine Idealbesetzung, aber auch eine wohl unwiederholbare Ausnahme. Ohne Reiseaufwand lassen sich in Berlin Termine wahrnehmen, die in völlig andere Sphären führen und somit Kirche auch in der Spitze anschlussfähig halten.

Medien und Institutionen denken hierarchisch. Da braucht man eine klare Nummer eins, die ausgerollt, präsent und anregend ist. Die Furcht vor größerer Fallhöhe im Skandalfall sollte die evangelische Führung nicht davon abhalten, jetzt auch in ihrer absoluten Spitze in Deutschland, nicht nur beim Militärbischof, einen kühnen Schritt vorwärts zu gehen: hauptamtlich, Berlin als Dienort, neuer differenzierender Titel.

■ Sollte auch das EKD-Kirchenamt von Hannover in die Hauptstadt wechseln?

Ein „Erzbischof der evangelischen Kirche“, ich mache mir mal diesen Vorschlag zu eigen, braucht zur vollen Wirksamkeit seinen Apparat und umgekehrt. Folglich, das zeigt das Beispiel nahezu aller Verbände und Interessengruppen, zöge die eine Entscheidung die andere nach sich. Nur der Bund leistet sich eine aufwändige Doppelbürokratie in Berlin und Bonn, kein nachahmenswertes Beispiel.

■ Würden Sie dieses Modell – hauptamtlicher Vorsitzender

und Standort in Berlin – auch der katholischen Kirche empfehlen?

Da bin ich mir nicht so sicher. Mein Eindruck ist, dass es der katholischen Kirche besser gelingt als der evangelischen, mit ihrem Spitzenpersonal präsent zu sein. Warum? Erstens ist die Hierarchie klarer, die Titel sind eindeutig. Zweitens zieren sich die Spitzenleute der katholischen Kirche nicht, oben zu sein, und drittens besetzen sie verschiedene Rollen. Und viertens haben sie den Papst. Da ist der Mangel an positiver öffentlicher Aufmerksamkeit nicht so groß wie beim evangelischen Gegenüber.

### Kirche lehnt Vorschlag ab

HANNOVER/MAINZ – Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) benötigt nach eigener Einschätzung keinen hauptamtlichen Ratsvorsitzenden. Die Kirche sei im gesellschaftlichen Diskurs, wie derzeit etwa um die Sterbehilfe oder friedensethische Fragen, „in der bewährten Konstellation äußerst präsent“, sagte ein EKD-Sprecher in Hannover.

„Die Wahrnehmung von Herrn von Vieregge können wir nicht teilen“, erläuterte der Sprecher. Auch der Anregung des Beraters, das EKD-Kirchenamt von Hannover in die Bundeshauptstadt zu verlegen, erteilte er eine Absage: „Der Standort Hannover steht für uns nicht zur Debatte.“ Die Verwaltungszentrale der EKD befindet sich seit dem Jahr 1949 in der niedersächsischen Landeshauptstadt.

Im Herbst entscheidet die EKD-Synode in Dresden über die Nachfolge des Ratsvorsitzenden Nikolaus Schneider. Dieser hatte seinen vorzeitigen Rückzug zum 10. November angekündigt. *epd*

### Prozess gegen Lothar König startet im Herbst neu

DRESDEN/JENA – Das Verfahren gegen Jenas Stadtjugendpfarrer Lothar König vor dem Amtsgericht Dresden soll neu aufgerollt werden. Als Prozessaufakt sei der 10. November vorgesehen, teilte das Gericht in Dresden mit. Die Verhandlungen würden nun von vorn beginnen. Der Prozess war im Juli 2013 geplatzt, nachdem neues und sehr umfangreiches Beweismaterial aufgetaucht war. Die Staatsanwaltschaft Dresden wirft König vor, 2011 während Demonstrationen gegen einen Neonazi-Aufmarsch zur Gewalt gegen Polizisten aufgerufen zu haben. König bestreitet die Vorwürfe. *epd*

### Papst bittet Evangelikale um Vergebung

VATIKANSTADT – Papst Franziskus hat evangelikale Christen und Pfingstkirchen um Vergebung für Übergriffe und Verunglimpfungen durch Katholiken gebeten. Unter denjenigen, die Mitglieder der Pfingstgemeinden verfolgt haben, seien auch Katholiken gewesen, sagte der Papst vor rund 200 Evangelikalen im italienischen Caserta nördlich von Neapel. Dies berichtet Radio Vatikan. Franziskus fuhr fort: „Ich bin der Hirte der Katholiken und bitte euch deshalb um Vergebung für jene katholischen Brüder und Schwestern, die vom Teufel besessen waren und nichts verstanden haben.“

Es sei das erste Mal, dass ein Papst eine Pfingstgemeinde besuche. Anlass war ein Treffen mit dem befreundeten evangelikalen Pfarrer der Gemeinde, Giovanni Traettino. *KNA*